

# Stenographischer Bericht

## 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

IX. Periode — 15. November 1978

### Inhalt

#### Personalien:

Angelobung von Dr. Richard Piaty als Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages (6).  
Entschuldigt ist der Abgeordnete Ileschitz.

#### Wahlen:

Wahl der Bundesräte (6).  
Wahl des Landeshauptmannes von Steiermark (7).  
Redner: Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (7), Abg. Ing. Turek (8).  
Wahlvorgang (10).  
Wahl der übrigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung (10).  
Redner: Landeshauptmann Dr. Niederl (11).

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr.

#### Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hohes Haus!

Ich eröffne die zweite Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden IX. Gesetzgebungsperiode.

Meine Damen und Herren! In dieser Sitzung im November 1978 halte ich es für angemessen und notwendig, auf die Ereignisse vor 60 Jahren hinzuweisen und in Erinnerung zu rufen, welchen Anteil die Steiermark, genauer gesagt der Steiermärkische Landtag, im November 1918 — damals noch Provisorische Landesversammlung genannt — an der Begründung der Republik Deutschösterreich hatte, die am 12. November im Wiener Parlament beschlossen und ausgerufen worden ist. Die rechtlichen Unterlagen, die der provisorischen österreichischen Nationalversammlung dafür auf dem Tische lagen, waren die vom provisorischen Staatskanzler Doktor Renner eingeholten Erklärungen der in dem großen Zusammenbruch intakt und souverän gebliebenen deutschen Kronländer der Monarchie, dem neu zu gründenden Staat Deutschösterreich beizutreten. Die steirische Antwort steht im Protokoll der ersten Sitzung der Steiermärkischen Provisorischen Landesversammlung vom 6. November 1918. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Paul Hofmann von Wellenhof wurde der vom Schriftführer Abgeordneten Dr. Gottlieb Tunner verlesene Antrag des Deutschnationalen Einspinner, des Christlichsozialen Hagenhofer und des Sozialdemokraten Pongratz angenommen.

In diesem Antrag hieß es unter anderem:

„1. Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet des ehemaligen Kronlandes (Herzogtum Steiermark) bildet unter dem Namen ‚Land Steiermark‘ eine gesonderte, eigenberechtigte Provinz des Staates Deutschösterreich, vollzieht hiemit den Beitritt zu diesem Staate, erkennt die Montag, den 21. Oktober 1918, im Landhaus zu Wien konstituierte Nationalversammlung von Deutschösterreich als derzeitige oberste staatliche Gewalt, die von ihr ge-

faßten Beschlüsse als bindend und von ihr eingesetzten Behörden an.

2. Das deutschösterreichische Land Steiermark tritt mit gleichem Rechte und mit gleichen Pflichten, den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Deutschböhmen und Sudetenland zur Seite, gelobt, deren Schicksale in unverbrüchlicher Gemeinschaft und brüderlicher Solidarität zu teilen und erwartet, daß deren gesetzliche Vertretung dieses Gelöbnis annimmt und in gleichem Geiste erwidert.“

Wer die Stenographischen Protokolle des Landtages der diesem Tage folgenden Zeiten nachliest, blättert in einem Ehrenbuch: Mit einem großen Ernst und mit immer wieder gesuchter Einmütigkeit wurden die schweren Aufgaben gelöst, die den öffentlichen Verantwortlichen in dieser Zeit der Demobilisierung, des Mangels an Heizmaterial in Schulen und Spitälern, der schwierigen und unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln, der epidemischen spanischen Grippe und der immer noch gefüllten Reservelazarette auferlegt waren. Vielleicht überrascht es heute jemanden, der nun nach der in einer gewissen Aufbruchstimmung im November 1918 verfaßten Erklärung im Protokoll der 13. Sitzung der Landesversammlung vom 13. März 1919 den Beschluß liest:

„Die Provisorische Landesversammlung des Landes Steiermark begrüßt aus vollem Herzen den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich und wünscht den hierüber geführten Verhandlungen erfolgreichen Verlauf. Für den Fall, als die von der Republik Deutschösterreich geführten Verhandlungen über diesen Gegenstand aus irgendwelchem Grunde ihr Ziel nicht erreichen sollten, behält die Landesversammlung dem Lande das Recht vor, selbständig den Anschluß an das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat zu suchen. Dem Vorsitzenden wird die Ermächtigung erteilt, von diesem Beschluß die Staatskanzlei und das Staatsamt für Äußeres zu verständigen.“

Meine Damen und Herren! Ich zitiere diesen Beschluß nicht, um einen Vortrag über steirische Geschichte zu halten. Ich glaube aber, auf diese Willensäußerung des Landtages hinweisen zu müssen, weil sie ein Zeichen noch so vieler ungeklärter Fragen und ungesicherter Zustände ist, in der sich unser Land mit der ganzen Republik nicht nur im ersten Jahr ihres Bestehens, sondern eigentlich bis zu ihrem Untergang im Jahr 1938 befunden hat. Wenn man bedenkt, mit welcher Selbstverständlichkeit oder besser, mit welchem Selbstverständnis nach 1945 Österreich sich wieder gefunden hat, völlig fraglos und problemlos die Bundesländer wieder da waren und an ihrer verpflichtenden Zusammengehörigkeit niemanden in aller Welt

Zweifel ließen, dann erkennt man auch, welchen Lernprozeß die Österreicher, die österreichische Demokratie durchgemacht und überstanden haben. Es waren bittere Jahre materieller Not, innerer Zerrissenheit, gefährlicher Abhängigkeit von fremden Hilfen, Bruderzwist, Bürgerkrieg und schließlich das Auslöchen des österreichischen Namens. Das alles zusammen aber hat jenes Österreichbewußtsein gestärkt oder wachgerufen und unserer Jugend zu ihrem Besitz gemacht, ein Österreichbewußtsein, das heute jeden redlichen Mann in diesem Staat, in diesem Land erfüllt, gleichgültig in welchem Lager er seine Heimat weiß, von der er in das gemeinsame Vaterhaus eingekehrt oder heimgekehrt ist.

Es scheint mir müßig, mit dem in seiner Bedeutung so schillernden Wort „National“ Streit vom Zaun zu brechen. Hinter diesem Wort stehen Fragen, die, wie Glaube und Liebe, Bekenntnisfragen und nicht zu erzwingen sind. Aber ein Österreichbewußtsein muß verlangt werden von jedem, der in diesem Land wohnt, in diesem Lande und von ihm lebt und von diesem Lande Freiheit und Sicherheit garantiert erhält und auch entgegennimmt. Eine Flucht in die Steirische Heimat, um dem österreichischen Vaterland auszuweichen, ist nicht statthaft. Die weiß-grüne Fahne hissen wir selbstbewußt neben der rot-weiß-roten, aber nicht an ihrer Stelle. Der Beschluß der Landesversammlung vom 6. November 1918 war im Grunde eine Wiederholung des Geistes der Georgenberger Handfeste des Jahres 1186 und wenn wir heute an beide Daten erinnern, brauchen wir keinen formellen Beschluß mehr, um zu dokumentieren, daß unsere Steiermark unverbrüchlich in guten und bösen Tagen zu unserem gemeinsamen Vaterland der Republik Österreich gehören will. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, entschuldigt für die heutige Sitzung ist der Herr Präsident Hleschitz.

Zu Beginn der heutigen Sitzung haben wir die Angelobung des Herrn Primarius Dr. Richard Piaty vorzunehmen. Herr Dr. Piaty konnte an der konstituierenden Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 23. Oktober 1978 nicht teilnehmen. Nach Paragraph 11 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes und Paragraph 6 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in der ersten Landtagssitzung, an der er teilnimmt, unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zu geloben. Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Lind, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen. Darauf hat Herr Primarius Dr. Piaty die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten. Die Damen und Herren des Hohen Hauses ersuche ich, sich von den Plätzen zu erheben.

**Abg. Lind:** Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark; stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

**Abg. Dr. Piaty:** Ich gelobe.

**Präsident:** Ich begrüße Herrn Abgeordneten Piaty als neuen Abgeordneten im Hohen Haus. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Nach Paragraph 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Landtag mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Landeshauptmannes, durch Erheben einer Hand durchzuführen. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, muß ich darauf hinweisen, daß durch die Verlegung der Landtagssitzung vom 7. auf den 15. November eine Terminkollision mit dem Bundesrat eingetreten ist, der heute ebenfalls zu einer Sitzung einberufen wurde. Ich schlage daher vor, die in der heutigen Tagesordnung vorgesehene Wahl der Bundesräte als Tagesordnungspunkt 1 vorzuziehen, um das Ergebnis dieser Wahl noch vor Beginn der Bundesratsitzung an die Parlamentsdirektion durch Fernschreiber weiterleiten zu können. Im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ersuche ich die Damen und Herren, welche meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß mein Vorschlag angenommen ist und beginne mit der Tagesordnung.

Wahl der Bundesräte:

Die Steiermark hat neun Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältniswahlrecht auf die Österreichische Volkspartei fünf und auf die Sozialistische Partei vier Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Von der Österreichischen Volkspartei wurden als Mitglieder vorgeschlagen: Otto Hofmann-Wellenhof, Waltraut Klasnic, Bürgermeister Peter Stopfacher, Generalsekretär Walter Heinzinger, Oberamtsrat Eduard Pumpernig.

Als Ersatzmitglieder: Heribert Pölzl, Landeskammerrat Maria Stangl, Bürgermeister Johann Neuhold, Präsident Anton Nigl, Landesschulinspektor DDr. Hans Steiner.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs wurden als Mitglieder vorgeschlagen: Prof. DDr. Rupert Gmoser, Leopoldine Pohl, Margarethe Obenaus, Rudolf Tirnthal; als Ersatzmitglieder: Gerhard Heideringer, Julie Bischof, Annemarie Zdarsky, Josef Zinkanell.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Auch dieser Wahlvorschlag ist angenommen.

Nunmehr bitte ich die Klubobmänner um Bekanntgabe, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen. Hiezu erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder der Österreichischen Volkspartei nehmen diese Wahl an.

**Präsident:** Ich danke und ersuche nun den Sprecher der Sozialistischen Partei, Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Meine Damen und Herren!

Namens der Gewählten darf ich im Namen des Sozialistischen Klubs erklären, daß sowohl die aktiv Gewählten als auch die Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

**Präsident:** Ich danke. Nun kommen wir zur Wahl des Landeshauptmannes. Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um Erstattung eines Wahlvorschlages.

**Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Mir kommt die Ehre und Auszeichnung zu, für die IX. Gesetzgebungsperiode den bisherigen Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl zum Landeshauptmann vorzuschlagen. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Antrag stattzugeben.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Erste Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Der Tradition dieses Hohen Hauses folgend, möchte ich vor der Wahl des Landeshauptmannes und der Mitglieder der Landesregierung namens des sozialistischen Landtagsklubs eine Erklärung abgeben.

Das Wahlergebnis vom 8. Oktober 1978 brachte für die steirische SPO zwar geringe Stimmenverluste, doch ist es uns gelungen, unseren Mandatsstand zu halten, während die ÖVP ein Mandat verlor. Das hohe Maß an Vertrauen der Bevölkerung gibt uns die Möglichkeit, im Interesse der Steirennen und Steirer unsere Vorstellungen zu den wichtigen Fragen dieses Landes wirksam zu vertreten.

Nach einem kurzen, heftigen Wahlkampf, den wir nicht vom Zaun gebrochen haben, gilt es nun in fruchtbarer Zusammenarbeit im Interesse und zum Wohle der steirischen Bevölkerung die Sorgen um die menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme aller Steirer zu unserem gemeinsamen Anliegen zu machen.

Es entspricht nicht unseren Zielvorstellungen, den Wahlkampf über den 8. Oktober hinauszuführen.

Trotzdem muß aber klar gesagt werden, daß es Probleme sachlicher Art gibt, die in diesem abgelaufenen Wahlkampf eine Rolle gespielt haben und die auch nach diesem 8. Oktober noch nicht aus der Welt geschafft wurden. Dies gilt zum Beispiel für jene Spendenaffäre im Bereich einer ÖVP-nahen Wohnbaugesellschaft, die bis zum heutigen Tage nicht aufgeklärt wurde.

Im Interesse der Bürger unseres Landes, aber auch im Interesse der Politiker und des gesamten Hohen Hauses, muß sichergestellt werden, daß die Klärung dieser Affäre zum ehestbaldigen Zeitpunkt erfolgt. Darauf wird die sozialistische Fraktion dieses Hohen Hauses bestehen. Das Ergebnis der Parteienverhandlungen mit der ÖVP sieht im Interesse der Bevölkerung unseres Landes eine sachliche Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien vor. Eine sachliche Zusammenarbeit ist aber keine Einbahnstraße; sie setzt die Bereitschaft der Vertragspartner voraus, bei der Lösung der anstehenden Probleme ein hohes Maß an Übereinstimmung zu suchen. Das heißt: „Überzeugen und nicht überstimmen ist das Gebot der Stunde“. Dieses Bemühen um die beste gemeinsame Lösung darf aber nicht die Beschneidung des Rahmens der Darstellung verschiedener Standpunkte, das Aufzeigen der Auffassungsunterschiede der Partei und der berechtigten Kritik bedeuten. Alle Versuche, aus einer solchen sachlichen Zusammenarbeit im Interesse der gesamten steirischen Bevölkerung Rückschlüsse auf das politische Klima zu ziehen, sind deshalb zum Scheitern verurteilt.

Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich daher diese Sitzung, bei der der Landeshauptmann, die Mitglieder der Landesregierung und die steirischen Bundesräte gewählt werden, zum Anlaß nehmen, um zu Beginn dieser IX. Legislaturperiode im Hohen Haus in Verfolgung von nahezu 300.000 Wählern, die uns das Vertrauen geschenkt haben, unsere grundsätzliche Haltung zur künftigen Arbeit in der Landesregierung und in diesem Hohen Hause darzulegen. Grundlage unserer Arbeit war und ist auch in Zukunft unser Programm „Die Leitlinien für die Steiermark“, das durch eingesetzte Kommissionen ständig den aktuellen Anforderungen angepaßt wird. Ich möchte aber aus den Leitlinien drei große Themen herausgreifen, die auch den Landtagswahlkampf beherrscht hatten:

An erster Stelle steht die Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes. Gerade die angekündigten und drohenden Entlassungen in einzelnen steirischen Betrieben zeigten mit aller Deutlichkeit, daß die Forderung nach Arbeit und Brot wieder die dringlichste ist. Ebenso gilt es, unseren Landsleuten die Sicherheit in allen Lebensbereichen zu garantieren, und nicht zuletzt haben wir alle dafür Sorge zu tragen, daß allen unseren Landesbürgern Recht und Gerechtigkeit bei der Behandlung ihrer Anliegen zuteil wird.

Ein weiteres wichtiges Thema ist nach wie vor für uns, das es in vielen Teilen unseres Landes an der ärztlichen Versorgung mangelt und daß wir uns in Hinblick überlegen müssen, was zusätzlich getan werden muß, um den Menschen diese Versorgung besser zu sichern und zu garantieren. Besonders vordringlich — auch in Hinblick auf die Arbeits-

platzsicherung — ist für uns auch die Anbindung der Industrieregionen und der Landeshauptstadt an die internationalen Verkehrswege. Jeder, der täglich unsere steirischen Straßen benutzen muß, weiß, wie sehr uns dieses Problem unter den Nägeln brennt. Gerade die hohe Zahl an Verkehrsunfällen und der hohe Blutzoll auf unseren Straßen verlangen hier rasch Abhilfe. Die Bundesregierung hat in Erkennung dieser Situation vor kurzem beschlossen, jährlich zusätzlich 500 Millionen Schilling für den straßenmäßigen Ausbau der Mur- und Mürzfurche zur Verfügung zu stellen. Dies sollte für uns im steirischen Landtag Anlaß sein, um mit einer optimalen Planung und flankierenden Maßnahmen auf den Landesstraßen das Unsere beizutragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeit in dieser steirischen Landstube war seit 1945 bei allen Verschiedenheiten und Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses stets vom gemeinsamen Wunsch geprägt, das Beste für unser Land und die Menschen, die hier leben und arbeiten, zu erreichen. Eine Voraussetzung dafür war, daß die führenden Männer dieses Landes nie das Augenmaß dafür verloren haben, was man den politischen Gegnern noch zumuten kann. Eine künftige Zusammenarbeit, zu der wir durch die Landesverfassung verhalten sind, muß dieser Forderung Rechnung tragen. Insbesondere weil es gilt, eine Politik zu verwirklichen, die die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Weiterentwicklung unseres Landes in den 80er-Jahren sichern muß.

Meine Damen und Herren! Es ist unsere grundsätzliche Auffassung, daß in einer demokratisch gewählten Gebietskörperschaft immer die an Mandaten stärkste Partei den Spitzenkandidaten — also in unserem Falle den Landeshauptmann — stellt. Wir werden daher in Entsprechung dieses Grundsatzes für den vorgeschlagenen Kandidaten Ihrer Partei, Dr. Niederl, unsere Stimme abgeben. Ebenso werden wir in dieser Gesinnung für die von Ihnen vorgeschlagene Landesregierungsmitglieder stimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Turek:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Der Steiermärkische Landtag tritt heute zum zweiten Mal während der nunmehr angelaufenen IX. Gesetzgebungsperiode zusammen, um den Landeshauptmann und die übrigen Mitglieder der Landesregierung zu wählen. Wie aus Informationen und aus Parteiengesprächen bereits bekannt, wird mit höchster Wahrscheinlichkeit sowohl der Landeshauptmann und werden mit Wahrscheinlichkeit sämtliche Mitglieder der Landesregierung einstimmig gewählt werden. Wir als Freiheitliche Partei werden mit dieser Frage und mit diesem Umstand politisch völlig unbelastet konfrontiert, weil wir schon während der Wahlauseinandersetzung stets darauf Bedacht genommen haben, daß wir unseren Ton darnach auszurichten haben, um nach vollzogener Wahl auch tatsächlich hier im Rahmen des Steiermärkischen Landtages mit allen politischen Kräften unbelastet zusammenarbeiten zu können.

Wir haben vor dieser Wahl den Ton, den sowohl die Sozialistische Partei als auch die Österreichische Volkspartei angeschlagen hat, nicht im selben Maße verfolgt, sondern wir haben versucht, unsere sachlichen Zielstellungen grundsätzlicher Natur herauszustellen. Im Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung, die wir geführt haben, stand unsere „Formel Steiermark“ als langfristiges Programm für die Steiermark und wir haben versucht, mit diesen Programmpunkten unsere Vorstellung über die Gestaltung der Politik in diesem Lande an den Steirer heranzuführen. Wir haben aber auch versucht, als kleine Minderheitsfraktion in diesem Hause, unsere Funktion, uns selbst und unsere Tätigkeit in diesem Hause darzustellen, nämlich die einer konstruktiven Opposition, wie wir sie in den letzten vergangenen vier Jahren in diesem Land versucht haben, auch durchzuführen. Wir haben aber auch dem Steirer gesagt, daß wir es als oberste Aufgabe ansehen, nachdem wir nicht in der Landesregierung vertreten sind, für den Steirer die Kontrollfunktion in seinem Interesse hier durchzuführen.

Wir haben uns aber auch nicht gescheut, Mängel und Versäumnisse, die nach unserem Dafürhalten in den letzten vier Jahren im Bereich der Steiermark vorgekommen sind, aufzuzeigen. Wir haben versucht aufzuzeigen, wo nach unserer Auffassung falsche Wege beschritten wurden und wo Probleme auf die lange Bank geschoben wurden. Persönliche Verunglimpfungen fanden von unserer Seite nicht statt. Wir haben hier dem Bewußtsein und dem Wunsch des Bürgers Rechnung getragen, der uns allen bei Gesprächen entgegenschlägt, daß er im Endeffekt nach vollzogener Wahl es doch wünscht, daß alle politischen Kräfte in diesem Land zum Wohle dieses Landes zusammenarbeiten und zusammenwirken sollten. Das Wahlergebnis hat der Freiheitlichen Partei einen 63-prozentigen Stimmenzuwachs gebracht, das heißt, von seinerzeit 30.000 Stimmen, die wir im Jahr 1974 erzielt haben, haben wir nunmehr 47.000 erreichen können und sind mit drei Mandaten im neuen Steiermärkischen Landtag vertreten.

Auf der anderen Seite stehen wir aber nach wie vor einer absoluten Mehrheit der Österreichischen Volkspartei, die mit 30 Mandaten ausgestattet ist, gegenüber und ich möchte gar nicht verhehlen — wir haben das vor der Wahl gesagt, ich habe es während der letzten Periode einige Male gesagt —, daß wir es nicht sehr günstig finden, einer absoluten Mehrheit, welche Farbe sie immer haben mag, gegenüberzustehen, weil absolute Mehrheiten oft dazu verleiten, sich der Illusion hinzugeben, daß sie auch mit der absoluten Weisheit ausgestattet seien. Es besteht die Gefahr in der absoluten Mehrheit, das Diktat vor die Diskussion zu stellen und daß eine absolute Mehrheit, so sie auf längere Sicht hin in einem Lande Macht ausübt, doch zu einer Vollidentifikation von Partei und Land führt und daß ein ausgeprägtes Besitzdenken mit der Zeit diese Partei befängt. Wir haben Beispiele in den letzten Jahren, wo gerade die Österreichische Volkspartei mit ihrer absoluten Mehrheit tatsächlich diese so ausgeübt hat, als wenn die Steiermark ihr persönliches Eigentum wäre. Allerdings gilt das, wenn ich von absoluten Mehrheiten spreche, nicht nur für die Steiermark, sondern mit umgekehrten Vor-

zeichen stellen wir so eine Gesinnung auch in anderen Bundesländern fest.

Ich gestehe der Österreichischen Volkspartei zu, daß es Ausnahmen von dieser Regel gab, vornehmlich auch deshalb, und das möchte ich hier ganz offen sagen, weil es in diesem Hause auch Politiker gibt, die sich persönlich etwas zu sagen haben. Ich bekenne mich dazu, daß es in der Politik auch menschliche Beziehungen geben soll, weil ich glaube, daß diese menschlichen Beziehungen sicher auch zum Wohle der betroffenen Bevölkerung und der Wähler, die wir vertreten, eingesetzt werden und oft sehr positiv eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir haben versucht in diesem Haus Opposition auszuüben. Wir haben uns bemüht, hier aber neben dieser Rolle der Opposition auch konstruktiv an Lösungsvorschlägen, dort wo die Einladung an uns ergangen ist, mitzuarbeiten. Wir werden im neuen Steiermärkischen Landtag in dieser Gesinnung unsere Tätigkeit fortsetzen. Ich darf aber betonen, daß wir uns nie aufdrängen werden, und daß so eine Einladung zur Mitarbeit stets vom größeren Partner an uns zu erfolgen hat. Wir sind bereit, als kleine Minderheitsfraktion im Land Verantwortung mitzübernehmen und haben in der Vergangenheit gezeigt, dort wo wir Verantwortung übernommen haben, daß wir auch gewillt waren, bei unpopulären Entscheidungen diese von uns übernommene Verantwortung nach außen hin zu vertreten und dazu zu stehen.

Allzuviele Probleme, meine Damen und Herren, die uns zwingen zusammenzuarbeiten, stehen vor uns. Hunderte Steirer werden in den nächsten Wochen, leider Gottes, ihren Arbeitsplatz verlieren. Auf der anderen Seite werden wir auch in den nächsten Wochen den Landeshaushalt für das Jahr 1979 verabschieden und wir werden leider feststellen müssen, daß von diesem Landeshaushalt her nicht jene wirtschaftsfördernden und arbeitsplatzstützenden Impulse ausgehen werden, die genau in so einer Situation notwendig wären. Die Inbetriebnahme von Zwentendorf wurde durch eine Mehrheit der Österreicher abgelehnt. Aufgabe nunmehr wird es sein, für auslaufende Energieträger Alternativen zu schaffen.

Die Spitalsdefizite steigen von Jahr zu Jahr und beanspruchen einen recht respektablen Anteil unseres Landesbudgets. Zielführende Sanierungsmaßnahmen wurden bisher nicht eingeleitet und werden Aufgabe des neuen Landtages sein, hier entsprechende Maßnahmen zu setzen. Das Bedürfnis der Bevölkerung, an wesentlichen Entscheidungen unmittelbar mitzuwirken, soll doch sehr bald seinen Niederschlag darin finden, daß endlich die Novelle der neuen Landesverfassung, die seit mehreren Jahren am Tisch liegt, verabschiedet wird.

Meine Damen und Herren, nur einige Fragen habe ich hier aufgezählt und die Brisanz dieser Fragen zeigt, daß diese Fragen nur im Zusammenwirken aller politischen Kräfte möglich sein wird. Wir sind als Freiheitliche Partei nicht in der Landesregierung vertreten, bieten aber hier, so sie gebraucht und gewünscht wird, unsere Mitarbeit an. Wir haben vor der Wahl erklärt, daß wir den durch die ÖVP vorgeschlagenen Kandidaten Dr. Niederl wieder

mitwählen werden, weil wir damals schon der Meinung waren, daß die absolute Mehrheit der ÖVP derzeit ungefährdet ist und deshalb ein Landeshauptmann Niederl auch nach der Wahl des 8. Oktober außer Frage steht und weil wir es von unserer Warte her als überflüssig erachtet haben, eine so völlig unnötige Diskussion, wer bei solchen Machtverhältnissen in der Steiermark Landeshauptmann werden soll, zu führen. Wir haben auch deshalb diese Aussage vorher gemacht, weil sehr oft der Eindruck entsteht, nachdem jahrelang der Freiheitlichen Partei ein nicht sehr wesentlicher Einfluß auf die Landespolitik zugeordnet wird, weil plötzlich vor einer Wahl manchmal der Eindruck entsteht, daß genau die Freiheitliche Partei hier die entscheidende Kraft in dem Land wäre und daß das gesamte Geschick der Steiermark von der Freiheitlichen Partei abhängt und die zwei anderen Parteien eine Wahl ja stets zu einer Landeshauptmannwahl umfunktioniert haben und die bohrenden Fragen eigentlich immer in unsere Richtung gehen. Auch diesen bohrenden Fragen sind wir diesmal ausgewichen, indem wir von vornherein hier dem Wähler gesagt haben, daß es nicht von uns allein abhängen wird — leider möchte ich sagen, nachdem ich Schmunzeln in den Reihen der ÖVP sehe —, aber daß die Tatsache zeigen wird, daß die Österreichische Volkspartei leider wieder mit einer absoluten Mehrheit heraussteigen wird und deshalb darüber bestimmen wird, wer Landeshauptmann in diesem Land wird. Wir stehen zu dieser Aussage und werden selbstverständlich Landeshauptmann Dr. Niederl wiederum zum Landeshauptmann mitwählen. Wir haben das auch in den vergangenen Perioden getan und wir werden auch die übrigen vorgeschlagenen Mitglieder, seien sie von der Österreichischen Volkspartei oder der Sozialistischen Partei vorgeschlagen, mitwählen.

Die Parteienverhandlungen, die dieser heutigen Landtagssitzung vorangegangen sind, wurden zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei, das möchte ich hier unumwunden zugeben, in einer Atmosphäre der Fairneß und Sachlichkeit abgeschlossen. Die Freiheitliche Partei wird wiederum den Vorsitz im Kontroll-Ausschuß haben. Die Freiheitliche Partei wird nunmehr in allen Landtags-Ausschüssen mit beratender Stimme vertreten sein und ebenso wurde die Bereitschaft bekundet, Verbesserungsmöglichkeiten für die Richtlinien bei der Besetzung von Schulleiterstellen einer Prüfung zu unterziehen. Ich darf hier der Österreichischen Volkspartei für dieses sachliche Klima von dieser Stelle aus recht herzlich danken. Namens der freiheitlichen Abgeordneten hoffe ich, daß es uns in der IX. Gesetzgebungsperiode gelingen möge, die anstehenden Probleme zum Wohle unserer Mitbürger zu lösen. Wir Freiheitlichen werden bestrebt sein, hier unseren Beitrag zu leisten. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zum eigentlichen Wahlvorgang.

Ich ersuche die Abgeordneten Josef Lind und Hans Brandl, je zwei Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten

einen Stimmzettel wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmenzählung zu unterstützen. Es gibt also jeder Abgeordnete nur einen Stimmzettel ab. Ich bitte die Herren Abgeordneten Brandl und Lind, zu mir zu kommen.

Meine Damen und Herren, um allfälligen Mißverständnissen entgegenzutreten, es ist nur ein Stimmzettel abzugeben, aber auf diesen Stimmzettel ist ein Name hinaufzuschreiben und zwar der vorgeschlagene Name heißt Dr. Friedrich Niederl.

Meine Damen und Herren, ich verkünde das Wahlergebnis. Abgegeben wurden von den anwesenden Abgeordneten 55 Stimmzettel. Ein Stimmzettel ist leer, ein Stimmzettel ist ungültig und für den Wahlvorschlag der ÖVP, der auf Herrn Abgeordneten Dr. Friedrich Niederl lautet, wurden daher 53 Stimmen abgegeben. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist daher Dr. Friedrich Niederl mit der erforderlichen Stimmenmehrheit — das heißt einstimmig — zum Landeshauptmann gewählt. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Ich beglückwünsche Dich, lieber und hochgeschätzter Herr Landeshauptmann, zu dieser Wahl. Der Landtag hat damit den großen Vertrauensbeweis bestätigt, den Du bei der Landtagswahl am 8. Oktober erhalten hast. Das soll ein gutes Vorzeichen für eine gute gemeinsame Arbeit in der kommenden Legislaturperiode sein. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Regierungsmitglieder.

Nach § 28 des Landes-Verfassungsgesetzes besteht die Landesregierung aus 9 Mitgliedern. Die Zahl der Regierungsmitglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Verhältnis der letzten Landtagswahl aufzuteilen. Demnach entfallen auf die Österreichische Volkspartei 5 und auf die Sozialistische Partei Österreichs 4 Regierungsmitglieder, wobei der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsmitglieder einzurechnen ist.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Ing. Koiner um einen entsprechenden Wahlvorschlag für die vier weiteren Regierungsmitglieder der Österreichischen Volkspartei.

**Abg. Ing. Koiner:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist mir eine Ehre, namens der Österreichischen Volkspartei als Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung für die IX. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages folgende Abgeordnete vorzuschlagen und Sie, meine Damen und Herren, um Zustimmung zu bitten:

Franz Wegart,  
Anton Peltzmann,  
Professor Kurt Jungwirth und  
Dr. Josef Krainer.

**Präsident:** Nun ersuche ich einen Sprecher der Sozialistischen Partei, für seine Fraktion die vier Regierungsmitglieder vorzuschlagen.

Herr Abgeordneter Brandl, ich bitte Sie um den Vorschlag!

**Abg. Hans Brandl:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Für die Sozialistische Partei darf ich folgende Herren Abgeordnete als Mitglieder in die Steiermärkische Landesregierung vorschlagen:

Adalbert Sebastian,  
Hans Bammer,  
Josef Gruber und  
Dr. Christoph Klauser.

Ich bitte um Ihre Zustimmung:

**Präsident:** Ich lasse über diese Vorschläge getrennt abstimmen. Ich ersuche alle Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Ich stelle die Annahme des Wahlvorschlages fest!

Die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, ersuche ich nun, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Ich stelle gleichfalls die Annahme des Wahlvorschlages fest!

Nunmehr ersuche ich die gewählten Regierungsmitglieder in der Reihenfolge des Aufrufes um eine Erklärung, ob sie die Wahl annehmen:

**Präsident:** Herr Landesrat Hans Bammer

**Landesrat Bammer:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Landesrat Josef Gruber

**Landesrat Gruber:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Landesrat Professor Kurt Jungwirth

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Landesrat Dr. Christoph Klauser

**Landesrat Dr. Klauser:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Landesrat Dr. Josef Krainer

**Landesrat Dr. Krainer:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Landesrat Anton Peltzmann

**Landesrat Peltzmann:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart

**Landeshauptmannstellvertreter Wegart:** Ich nehme die Wahl an!

**Präsident:** Ich ersuche die gewählten Regierungsmitglieder, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Ich begrüße alle Regierungsmitglieder herzlichst auf ihren angestammten Sitzen und wünsche ihnen eine gedeihliche Arbeit und ersuche auch zu bedenken, daß sie wahrscheinlich in kürzerer Zeit nicht mehr Abgeordnete sind und in ihren Zwischenrufen darauf Bedacht zu nehmen, daß sie als Regierungsmitglieder in den Gang der Verhandlung in entsprechendem Maße einzugreifen eingeladen sind.

**Präsident:** Nun erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort!

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Steirerinnen und Steirer haben am 8. Oktober eine klare Entscheidung getroffen. Sie haben uns beauftragt, den guten steirischen Weg einer eigenständigen Politik der Zusammenarbeit fortzusetzen.

Ein kurzer, aber intensiver Wahlkampf liegt hinter uns. Und dazu hat der Wähler eine eindeutige Antwort erteilt. Und wir sind, wie es stets unser erklärtes Ziel war, wieder in der notwendigen sachlichen Atmosphäre mit ganzer Kraft an die Arbeit gegangen.

Vor drei Wochen hat sich der neue Landtag konstituiert und seine Präsidenten wiedergewählt. Wir haben auf Regierungsebene die schwierigen Verhandlungen für das Landesbudget 1979 abgeschlossen, das in nächster Zeit hier im Hohen Haus eingebracht wird.

Heute wurde die Landesregierung neu bestimmt und Sie haben mich nun zum dritten Mal einstimmig zum Landeshauptmann gewählt. Ich danke den Steirerinnen und Steirern, die mir auch am 8. Oktober ein so großes Maß an Vertrauen gegeben haben, und ich danke Ihnen, die Sie mir heute erneut diese Verantwortung übertragen haben. Ich bin mir des hohen Anspruches, das dieses Amt stellt, voll bewußt. Und ich werde mich bemühen, weiterhin mein Bestes zu geben. Denn es ist eine große und schöne Aufgabe, der Steiermark unseren Landsleuten zu dienen.

Gemeinsam wollen wir auch in Zukunft eine eigenständige steirische Politik gestalten. Eine Politik der Eigenständigkeit, die kein leeres Wort und nicht nur eine Frage der finanziellen Mittel ist.

Eine Politik vielmehr, wie sie unserem steirischen Wesen entspricht und eine Politik, die nie klein-karierter Kantönlegeist leitet, die nie den Sinn für das Ganze verliert und die immer die Interessen der Heimat vor jene der Parteien stellt. Diese Politik verlangt auch, daß wir uns nicht allein hinter Kompetenzen verschanzen, daß wir nicht unbefragt fertige Patentrezepte übernehmen, die anderswo vielleicht ihre Gültigkeit haben und daß wir nicht zuwarten, bis vielleicht anderswo solche Rezepte erstellt werden.

Wir nehmen ungeachtet formaler Zuständigkeiten auch eine steirische Gesamtverantwortung wahr und

greifen dort helfend, unterstützend und gestaltend ein, wo es notwendig ist.

Wir ringen um unsere steirischen Lösungsmodelle, um sie zu erarbeiten und zu verwirklichen.

Diese politische Definition der Eigenständigkeit, die in unserem Lande eine reiche und immer wieder erfolbringende Tradition hat, ist durch die Offenheit und den Mut zu neuen Ideen, durch das Streben um Ausgleich und Zusammenarbeit, und durch langfristige Orientierung gekennzeichnet.

Offenheit bedeutet den Blick überall dorthin zu richten, wo es gute Ideen und Vorschläge gibt, und den Mut auch zu unkonventionellen Lösungen zu haben. Und wir sind offen für alle, die ihren Beitrag zur Gestaltung unseres Landes leisten wollen, ganz gleich, ob es Ältere oder Jüngere sind, Konservative oder Progressive, ungeachtet auch ihres Berufes und ihrer politischen Parteizugehörigkeit.

Wir müssen ständig Brücken zwischen Tradition und Fortschritt schlagen. Ehrliche Offenheit, um die wir uns immer wieder bemühen müssen und die sich nicht mit Alibihandlungen erreichen läßt, braucht ein Klima der Toleranz und das ständige Suchen des Gesprächs und der Begegnungen. Es widerspricht auch der Toleranz, Meinungen und Denkrichtungen zu diffamieren.

Wir sind dankbar für das kulturelle Erbe und stolz auf das steirische Geistes- und Kulturleben. Wir sind stolz auf unsere vier hohen Schulen, die Universität und die Technische Universität in Graz, die Montanistische Universität in Leoben und die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz.

Wir sind stolz auf den Steirischen Herbst genauso wie auf die Steirische Akademie. Wir sind stolz auf die Vereinigten Bühnen, für die ich mich wiederum persönlich einsetzen werde. Wir sind stolz auf die vielfältigen lokalen Initiativen in den Bezirken und Gemeinden, in den Verbänden und Vereinen.

Wir benötigen den vorwärtsstrebenden Geist und die schöpferische Phantasie, mögen sie auch noch so kühn und unbequem sein, um unser Land und unsere Gesellschaft im Sinne von mehr Lebensqualität weiterzuentwickeln. Denn aus der Offenheit entspringen erst jene vielen neuen Impulse, die eigenständige Lösungen ermöglichen. Es ist daher unser dauernder Auftrag, sie herauszufordern und sie auch zu fördern. Der Gedanke des regionalen Ausgleichs fordert von uns die Hilfe zur Selbsthilfe für eine ausgewogenere Entwicklung aller Regionen unseres Landes. Partnerschaftlich sind die Maßnahmen festzusetzen und zu ergreifen, die den verschiedenen Regionen am sinnvollsten entsprechen. Wir pochen also nicht allein auf unsere Eigenständigkeit gegenüber Zentralstellen, sondern wir haben auch Hilfestellungen für die Regionen, für die Gemeinden, für die kleineren Gemeinschaften, für die Familien und selbstverständlich vor allem für den Einzelnen zu geben.

Die steirische Landespolitik ist kein System der Zwangsbeglückung und des Verordnens vom Grünen Tisch aus. Wir unterstützen daher die vielfältige Initiative des Einzelnen und der kleinen Gemeinschaften, sei es nun im sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen oder politischen Bereich. Denn nur durch

das Selbstbewußtsein, die Intelligenz, den Einfallsreichtum, die Tüchtigkeit und den Fleiß unserer Landsleute konnte so viel Positives in unserem Lande geleistet werden. Wir danken dafür. Das bedeutet in diesem Sinne auch Überschaubarkeit. Wenn der Bürger seine Lebens- und Verantwortungsbereiche überschauen kann, dann ist er nicht Rädchen einer anonymen Maschinerie, sondern kann selbstbewußt mitgestalten. Wir müssen daher unentwegt nach mehr Bürgernähe und Überschaubarkeit in Politik, Verwaltung und Großorganisationen trachten.

Gerade auch das Resultat der Volksabstimmung am 5. November muß uns in dieser Hinsicht nachdenklich stimmen. Mich persönlich haben das ungeheure Engagement der jungen Generation und eine parteiübergreifende Solitarität besorgter Staatsbürger besonders beeindruckt. Es gibt offensichtlich eine breite Schichte, vor allem jüngerer Leute, die über ein materialistisches Fortschrittskonzept und ein undifferenziertes Wachstum hinausgehend immer wieder die Sinnfrage stellen. Das Resultat dieser Volksabstimmung ist damit ein Appell an alle, die politische Verantwortung tragen. Das in mehrfacher Weise. Zum einen müssen auf allen Ebenen verstärkte und gemeinsame Bemühungen für eine neue Energiekonzeption unternommen werden. In der Steiermark haben wir bereits seit mehreren Jahren intensive Forschungen — etwa mit dem Institut für Umweltforschung — in diesem Bereich gefördert. Wesentlich sind auch Planungen für eine noch bessere Nutzung der heimischen Energiereserven und für einen sparsameren Energieeinsatz. Wir werden zusätzliche Aktivitäten setzen und unseren steirischen Forschungseinrichtungen, insbesondere auch der Forschungsgesellschaft Joanneum und dem Forschungszentrum Graz neue Aufträge erteilen.

Alternativen sind in allen Richtungen gefragt. Auch die diesjährige Steirische Akademie hat beachtenswerte Vorträge und Anregungen gebracht. Ich werde jedenfalls alle interessierten Gruppen und Persönlichkeiten zu ersten Überlegungen einladen, um eine umfassende und gründliche Diskussion von Alternativen und ihren Umsetzungsmöglichkeiten in der Steiermark zu führen. Zum anderen werden wir mit der Reform der Landesverfassung und auch des Wahlrechtes die direkte Demokratie stärken. Wir streben eine noch engere Bindung von Wählern und Gewählten an. Bereits vor einiger Zeit haben wir auch unsere Vorstellungen über eine völlig neue Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorgelegt. Wir betonen das humane Prinzip des Föderalismus im Sinne weitestgehender Selbstverwaltung.

Nun zur Zusammenarbeit: Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß wir im Miteinander wesentlich mehr erreichen als im Gegeneinander. Gemeinsam getroffene Lösungen sind meist wesentlich tragfähiger als solche, die im Handumdrehen durchgesetzt werden sollen. Zusammenarbeit darf daher nicht als letzter Ausweg aus einer Sackgasse gesucht werden. Zusammenarbeit ist grundsätzlich immer anzustreben, um gar nicht erst in eine Sackgasse zu geraten. Diese Suche nach dem Gemeinsamen wird sicherlich manch persönliches Opfer abverlangen, zu dem wir bereit sein müssen. Wesentliche

Grundpfeiler eigenständiger steirischer Politik werden genannt. Sie wären aber nur wohlklingende Formeln, wenn wir uns nicht in unserer täglichen Arbeit an ihnen orientieren würden.

Steirische Politik ist daher auch eine Politik der Kontinuität. Sie ist langfristig programmatisch orientiert und läuft nicht jedem Modetrend nach. Vor allem aber ist die steirische Politik auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet. Lassen Sie mich deshalb wichtige Aufgaben der nahen Zukunft und der nächsten Legislaturperiode konkret ansprechen, die wir gemeinsam zu bewältigen haben:

Thema Nr. 1, und hier finden wir bereits in den Erklärungen heute hier in diesem Haus die Übereinstimmung, sind die Arbeitsplätze. Die Situation ist, wie uns Meldungen über steirische Betriebe täglich verdeutlichen, noch schwieriger geworden. Es ist natürlich Aufgabe der gesamten Bundespolitik, jene Rahmenbedingungen zu setzen, die die Investitionsfreude und die ausschlaggebende unternehmerische Initiative anregen. Gerade in dieser Stunde ist für uns wichtiger denn je geworden, wo immer wieder Meldungen kommen, daß Arbeitskräfte freigesetzt werden sollen. Wir werden alles, was in unserer Macht steht und in unserer Möglichkeit liegt, gemeinsam zu treffen haben, daß wir mithelfen können, daß diese Arbeitsplätze gesichert oder neue geschaffen werden. Unser Landesbudgetentwurf für das Jahr 1979 sieht die entsprechenden Positionen vor, damit im Rahmen unserer Möglichkeiten, die wir haben, Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen gegeben sind.

Meine Damen und Herren, zusammen mit den Stellen des Bundes müssen wir diese Verpflichtung übernehmen; für die private Wirtschaft genauso wie für die verstaatlichte oder teilverstaatlichte Industrie. Denn ungeachtet der Eigentumsverhältnisse haben wir innerhalb der uns gesetzten finanziellen Grenzen für alle Betriebe des Landes und damit für alle Arbeitsplätze dieses Landes vorzusorgen. Die Entscheidung, das Dieselmotorenwerk trotz bester Voraussetzungen nicht in der Steiermark zu errichten, hat uns sehr getroffen. Wenn die zahlreichen Berichte, meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders der gesamtösterreichischen Raumordnungskonferenz, über die überregionale Notwendigkeit von Investitionen in der Steiermark nicht Papier werden sollen, hat hier der Bund gemeinsam mit uns vorzugehen. Dasselbe gilt für unser steirisches Grenzland, in dem wir seit 1958 über 3 Milliarden Schilling an Landesmitteln gezielt eingesetzt haben. Unser seit über zweieinhalb Jahren vorliegender Vorschlag zur Errichtung eines Regionalfonds nach dem Muster der Europäischen Gemeinschaften wäre von uns gemeinsam mit dem Bund weiter zu verfolgen.

Vor allem eines bestimmt unsere Politik: Wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz. Wir werden unsere begrenzten Möglichkeiten voll ausschöpfen und die aktive steirische Arbeitsplatzpolitik fortsetzen, durch die wir in den letzten 10 Jahren über 17.000 Arbeitsplätze schaffen und auch sichern konnten.

Die Vorschläge eines Arbeitsplatzsicherungsplanes, der uns im Entwurf vorliegt, zeigen uns auf, wie wir durch zusätzliche Aktionen und außeror-

dentliche budgetäre Maßnahmen gefährdete Arbeitsplätze sichern und neu schaffen können und wie wir auch das Lehrstellenangebot für die geburtenstarken Jahrgänge erweitern können.

Uns — ich sage es noch einmal — ist jeder Arbeitsplatz gleich wichtig. Das haben wir auch mit unseren Gesetzen für Landwirtschaft, Mittelstand und Industrie gemeinsam dokumentiert. Der Mittelstand bildet das starke Rückgrad unserer Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen um die große Bedeutung und die Erfolge des steirischen Fremdenverkehrs. Unser Ziel ist, das erreichte hohe Niveau von nahezu 10 Millionen Nächtigungen jährlich zu halten und nach Möglichkeit weiter auszubauen. Die Steiermark als Sommerfremdenverkehrsland muß gegen eine weltweite Konkurrenz bestehen. Gezielte Förderungsmaßnahmen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit werden daher weiterhin ein Schwerpunkt der steirischen Landespolitik sein.

Im Winterfremdenverkehr hat die Steiermark als Alpenland zwar durch die Natur gegebene Vorteile, die wir bisher gut nützen konnten. Dennoch müssen die steirischen Wintersporteinrichtungen ständig auf dem technisch modernsten Stand gehalten und auf die Nachfrage des Gastes abgestimmt werden.

Wie in allen Wirtschaftsbereichen, so wird uns auch im besonderen beim Fremdenverkehr jeder Kilometer Autobahn nützen, der uns näher an die Zentralräume heranbringt.

Und dazu noch ein Wort! Es geht nicht darum, den Ausländeranteil beliebig auf Kosten des Inländeranteiles auszudehnen. Es geht aber darum, das bestehende ausgewogene Verhältnis zwischen dem heimischen Gast und den Gästen aus dem Ausland weiterhin zu pflegen. Damit wird es uns gelingen, daß der Fremdenverkehr auch in den kommenden Jahren seinen maßgeblichen Beitrag im Rahmen der steirischen Volkswirtschaft leistet.

Der Sport und die Förderung des Sportes muß auch in Zukunft ihre feste Position haben. Der Schwerpunkt liegt dabei nicht nur in einer weiteren Verbesserung, sondern in dem Bemühen, auch außerhalb der Ballungszentren die erforderlichen Möglichkeiten für eine sportliche Betätigung zu geben.

Und wir sind uns der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung einer gesunden Landwirtschaft voll bewußt. Die Bauern haben ein Recht darauf, den ihnen zustehenden Anteil am Volkseinkommen zu erhalten. Wir haben in guter Zusammenarbeit erreicht, in unserem Bereich der Landwirtschaft durch Förderung „als Hilfe zur Selbsthilfe“ zu helfen. Wir werden weiter eine zielorientierte steirische Agrarpolitik verfolgen. Unsere Flächenprämienaktion für die Bergbauern ist angelaufen. Wir werden uns auch für die Forcierung der arbeitsintensiven Spezialkulturen einsetzen. Besondere Aufmerksamkeit ist auch auf die großen Probleme der Pendler zu richten.

Von enormer Bedeutung für die steirische Wirtschaft sind die Verkehrsverbindungen. Durch einen gemeinsamen Verhandlungserfolg und durch ein großes finanzielles Opfer des Landes in der Höhe von 1,4 Milliarden Schilling ist uns der steirische Durchbruch zum rascheren Autobahnbau gelungen.

Bis Mitte der 80er Jahre werden die wichtigsten Teilstücke der Pyhrn- und der Südautobahn befahrbar sein. In den nächsten Tagen wird sich ein prominent besetztes internationales Symposium in Graz mit der Bedeutung der Transitstrecken durch die Steiermark und mit weitergehenden Finanzierungsmöglichkeiten befassen.

Der Gleinalmtunnel bringt eine fühlbare Verkehrsentslastung und eine erhöhte Verkehrssicherheit. Die Pkw-Fahrer nützen seine Vorteile in überaus erfreulichem Maße. Um dies auch für den Schwerverkehr sicherzustellen, hoffen wir nun auf einen weiteren gemeinsamen steirischen Verhandlungserfolg beim Finanzminister.

Mit Freude haben wir auch die Ankündigung des so notwendigen beschleunigten Ausbaues der Schnellstraße in der Mur- und Mürzfurche zur Kenntnis genommen. Dies wurde nicht zuletzt durch unsere Vorfinanzierungsbereitschaft beim Autobahnbau ermöglicht. Baureife Planungen unserer Landesbaudirektion für diese Schnellstraße und für zahlreiche Bundesstraßenprojekte liegen vor.

Wir werden auch unser 10-Jahres-Landesstraßenprogramm zügig weiter fortführen und haben für den ländlichen Raum ein Wegebaubeschleunigungsprogramm gestartet.

Wir werden im Gesundheits- und Sozialwesen weiter aktiv sein. Eine Reform der Spitäler soll ihre menschlichere und wirtschaftlichere Führung als selbständiger Wirtschaftskörper bringen. Diskussionen darüber werden in der nächsten Zeit eingeleitet, Parteienverhandlungen werden beginnen. Die großartige Arbeit der Ärzte und des Pflegepersonals sollen dadurch noch besser in den Dienst der Patienten gestellt werden. Und allzu große Abteilungen sollen überschaubarer, die Gebühren der behandelnden Ärzte sollen gerechter aufgeteilt werden. Der Ausbau der Hauskrankenpflege kann die Spitäler entlasten und insbesondere jenen Patienten zugutekommen, die in ihren eigenen vier Wänden bleiben können.

Wir müssen die ärztliche Versorgung im allgemeinen und speziell im ländlichen Raum verbessern. Wir wollen dabei auch neue Wege zum Beispiel bei Praxis- und Laborgemeinschaften nicht scheuen.

Wir werden auch den mit dem modernen Sozialhilfegesetz gewiesenen neuen sozialen Weg konsequent weiterbeschreiten.

Wir müssen vor allem unbürokratisch und individuell jenen Menschen helfen, die noch immer im Schatten der Wohlstandsgesellschaft leben.

Die teilweise bedrückenden Ergebnisse der in diesem Sommer vorgelegten Untersuchung unseres Sozialreferenten fordern uns zu überlegtem Handeln auf.

Im Wohnbau werden wir die Subjektförderung ausbauen und ein besonderes Schwergewicht auf die Altwohnungssanierung legen. Vor allem aber wollen wir eine wirksamere Kontrolle der Baugenossenschaften. Eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Notariatspräsidenten Dr. Riebenbauer wird unter Mitarbeit kompetenter Fachleute, Betroffener und Vertreter der politischen Parteien entsprechende Vorschläge ausarbeiten und vorlegen.

In der Bildungspolitik treten wir für sinnvolle Veränderungen und eine stetigere Entwicklung ein.

Wir wollen eine menschlichere Schule, die eine kindergerechte Erziehung ohne unnütze Bürokratisierung, Zentralisierung und Verschwendung gewährleistet. Es geht uns um einen breiten Sockel der Allgemeinbildung, der Flexibilität und Mobilität in der Zukunft ermöglicht, und es geht uns zugleich auch um die Gewährleistung jener Berufsvorbereitung, die dem Gefüge einer differenzierten Wirtschaft Rechnung trägt.

Schließlich müssen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren benachbarten Regionen fördern und gemeinsame Interessen besser artikulieren.

Am 20. November, also in einigen Tagen, wird sich daher nach intensiven Vorarbeiten in Venedig die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Alpenländer konstituieren, der Bayern, Oberösterreich, Kärnten, Slowenien, Kroatien, Friaul-Julisch-Venetien und die Steiermark angehören.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Große Herausforderungen auf allen Sektoren liegen vor uns. Wir alle werden viel zu arbeiten haben.

Wir bauen auf die Tatkraft der Steirerinnen und Steirer. Wir vertrauen auch auf das Engagement unserer Jugend.

Ich habe den Eindruck, daß wir in den letzten Jahren im Landtag und in der Landesregierung als gute Mannschaft gearbeitet haben. In dieser Gesinnung wollen wir weiterarbeiten. Natürlich mit Auseinandersetzung, natürlich mit Diskussion und verschiedenen Ansichten. Aber immer das Ziel des großen Gemeinsamen vor uns.

Bewährten und auch neuen Kräften wurde von den Steirerinnen und Steirern Verantwortung übertragen.

In gemeinsamer Bemühung können wir alle, die Mitglieder des Landtages und der Landesregierung, wiederum viel für unsere schöne Steiermark erreichen. Und ich bitte Sie alle daher um Ihre Mitarbeit.

(Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Landtagssitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen!

Schluß der Sitzung: 11.20 Uhr.